Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Colin Crouch – "Für Märkte ist Demokratie komfortabel"
2. Fiskalpakt
3. Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten in den Kalenderjahren 2010 – 2011
4. Steueroasen – Gefahr für die Weltwirtschaft
5. Eurobonds kaufen wir sofort
6. Transformationskongress
7. Altersdiskriminierung – In Deutschland alltäglich?
8. Erste Klage nach Entlassungen bei Damp-Kliniken
9. DGB legt neues Konzept zur Sicherung der Rente vor
10. Bundesregierung: Alterssicherung ist zukunftsfest
11. Mappus, die Bankermarionette
12. Oskar Negt – "Die Risse des Systems aufdecken"
13. Asylrecht: Flüchtlinge als Verbrecher
14. Hochschulrektorenkonferenz kritisiert Akkreditierungssystem
15. Bildungsbericht 2012: Hochschulen als Ausbildungseinrichtung immer wichtiger!
16. Hannes Wader: "Ich bin im Grunde meines Charakters ein aggressiver Mensch"
17. Zu guter Letzt: Bild-Zeitung zieht Truppen für Invasion Griechenlands zusammen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Colin Crouch – "Für Märkte ist Demokratie komfortabel"**
   Der Soziologe Colin Crouch über das komplizierte Verhältnis von Kapitalismus und Bürgermacht […]
   In den jetzigen Demokratien dürfen die Bürger wählen, aber was sie damit beeinflussen können, ist begrenzt. Die Politiker, die sie wählen, dürfen die Finanzmärkte nicht zu arg verärgern, sonst droht eine schlimme Krise. Im Grunde akzeptieren Bürger und Politiker bis jetzt diese Spielregel. Und deshalb ist Demokratie für Finanzmarktakteure eine komfortable Sache. Es gibt keine Unruhen, keinen Militärputsch. Das ist doch angenehm.
   Quelle: taz

2. **Fiskalpakt**
   a. **Eine kurze Bewertung des deutschen "Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung"**
   Hier eine Bewertung des Verhandlungsergebnisses der Opposition mit der Bundesregierung zum Fiskalpakt durch die Mitarbeiter unserer Grünen Fraktion im Europaparlament für Haushalt Tom Köller und für Europäische Makroökonomie Francisco Padilla. […]
   Zusammenfassend sind wir der Meinung, dass der deutsche Pakt aus grüner Sicht schwach ist und weit entfernt von dem, was nötig ist, um sowohl kurz- als auch langfristig gegen die Krise zu kämpfen. Der Erfolg der vorgeschlagenen Maßnahmen ist zweifelhaft und wenig relevant für die Operationalisierung.
   Quelle: Sven Giegold

   Anmerkung JB: *Das ist wohl „typisch grün". Man lässt ein Gutachten über den Fiskalpakt erstellen, das sich klar gegen den Fiskalpakt ausspricht, und stimmt dann in Bundestag und Bundesrat dennoch für den Fiskalpakt.*

   b. **Oberster Verfassungsrichter Voßkuhle – Achtung, Aufpasser!**
   […] Bis zu drei Wochen wird das Gericht zur Prüfung ansetzen. Die Kanzlerin hat die Märkte im Nacken, die auf Signale sensibel reagieren und nicht in den ruhigen Bahnen eines Verfassungstaates arbeiten.
   Quelle: SPIEGEL Online

   Anmerkung unseres Lesers M.F.: *Die Märkte sitzen also der Bundeskanzlerin, die "die Richtlinien der Politik der Bundesregierung bestimmt" und "die faktisch der mächtigste deutsche Amtträger" ist (lt. Wikipedia") "im Nacken und reagieren sensibel und ungehalten auf die Spielregeln des Verfassungsstaates". Und was will uns das nun sagen? Ist der Verfassungsstaat nicht mehr marktkonform und muss entsprechend "reformiert" werden? Will der Autor damit andeuten, wir würden mit der Tatsache, einen Verfassungsstaat zu haben, inzwischen über unsere Verhältnisse leben?*
   Eine echte journalistische (oder besser suggestive) Glanzleistung!

   c. **An der Verfassungskrise nur knapp vorbeigeschrammt**
   Der vom Verfassungsgericht verlangte Aufschub, damit die Klagen ordentlich behandelt werden können und damit es den "Fiskalpakt" möglicherweise vor der Unterschrift Gaucks als verfassungswidrig beurteilen kann, haben bei Regierung und der Formal-Opposition von GRÜNEN und SPD keine Freude ausgelöst. Zwar bestritt der Regierungssprecher, dass die Kanzlerin den Bundespräsidenten

gebeten habe, er möge zügig unterschreiben. Offenkundig haben die Karlsruher Richter auf ihrem Recht der Verfassungsprüfung sehr nachdrücklich bestehen müssen. Die Republik schlitterte so grade noch an einer Verfassungskrise vorbei: Bundespräsident gegen Verfassungsgericht: Der Fall wäre neu gewesen. Wer sich dran erinnert, dass Bundespräsident Köhler auch deshalb zurückgetreten ist, weil er von der Kanzlerin mit unziemlichen Hast zur Unterzeichnung des EFSF-Rettungsschirm-Gesetzes gedrängt worden war, der weiß worum es erneut geht: Um noch mehr Bankenrettung und noch weniger Demokratie. Noch steht es 1 : 0 für die Banken. Ob das Gericht die erneute Niederlage des Parlaments , ob es seine Selbstentmachtung verhindern wird, ist ungewiss. Gewiss ist nur: Lässt man die Parlamentsmehrheit weiter wursteln, gerät die Demokratie vor later Bankenrettung in Vergessenheit.
Quelle: rationalgalerie

3. **Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten in den Kalenderjahren 2010 – 2011**
   Quelle: Bundesfinanzministerium [PDF – 10 KB]

   Anmerkung WL: *Den größten Batzen bringt mit 190.033 Mrd. Euro mit rund einem Drittel der gesamten Steuereinnahmen in Höhe von 573.352 Mrd. Euro im Jahre 2011 die Umsatzsteuer. An zweiter Stelle kommt mit 139.749 Mrd. Euro und einem knappen Viertel des Steueraufkommens die Lohnsteuer.*
   Es ist ja so, dass vor allem die kleinen und mittleren Einkommen den größten Teil ihres Lohnes verkonsumieren. Das heißt die Lohnbezieher tragen auch die Hauptlast an der Umsatzsteuer. Nimmt man noch die Versicherungssteuer, die Tabak-, die Kaffee-, die Branntwein-, die Alkopop-, die Schaumwein-, die KfZ-, die Lotterie und die Energie- und Stromsteuer hinzu, so sind dreiviertel der Steuereinnahmen Massensteuern die von der Masse der Bürgerinnen und Bürger bezahlt werden.
   Die Steuern auf Kapitaleinkommen und auf das Einkommen von Selbstständigen machen nur einen kleinen Bruchteil des gesamten Steueraufkommens aus.

4. **Steueroasen – Gefahr für die Weltwirtschaft**
   Alternative Aufstellungen etwa der angesehenen Nicht-Regierungsorganisation "Netzwerk Steuergerechtigkeit" kommen auf einige Dutzend Steueroasen weltweit. Darunter sind Inselparadiese wie die Virgin Islands, Antigua oder die Bahamas, aber auch hochentwickelte Staaten wie die Schweiz, Israel oder Ungarn. Auch Deutschland mit seinem Finanzplatz Frankfurt wird kritisch erwähnt, der vielen Nicht-Deutschen allerhand Schlupflöcher biete, und die USA tauchen allein schon wegen der Sonderregeln im Zwergstaat Delaware auf, in dem wegen günstiger Steuergesetze

unzählige US-Großkonzerne ihren juristischen Sitz haben. Allgemein gelten unschlagbar günstige Steuerregeln als ein wichtiges Merkmal von Steueroasen. Oft kommen Ausländer besser weg als Ortsansässige. Hinzu kommen Intransparenz und Anonymität, etwa in Form eines Bankgeheimnisses. Viele Steueroasen bieten auch anonymisierte Unternehmensgründungen im Schnellverfahren an. Wichtig ist aber auch ein rechtlich-politisch sicheres Umfeld; wohl deshalb sind etwa viele britische Überseebesitzungen so beliebt.
Genutzt werden Steueroasen von reichen Privatleuten, aber auch von Unternehmen, die dort Tochtergesellschaften gründen. Fortan werden Gewinne in die Steueroasen verlagert oder über interne Rechnungsketten Kosten in höher besteuerte Länder verschoben, um dort Steuern zu sparen. Derlei Techniken bewegen sich regelmäßig mindestens am Rande der Legalität; sie nachzuweisen, ist allerdings schwer – vor allem dann, wenn die jeweilige Steueroase nicht besonders auskunftsfreudig ist.
Quelle: WDR 5

5. **Eurobonds kaufen wir sofort**
Zahlen muss Deutschland sowieso, sagt Investmentbanker Andrew Bosomworth. Es gibt nur die Wahl zwischen "guten" und "schlechten" Risiken
taz: Die Europäische Zentralbank (EZB) hat schon 210 Milliarden Euro aufgewendet, um Staatsanleihen zu kaufen. Bisher hat dies nichts gebracht.Bosomworth: Die EZB ist vorgegangen, als ob sie eine Währungsintervention tätigt. Sie agiert nicht transparent und gibt kein klares Zinsziel vor. Sie muss es machen wie die Schweizer Notenbank, die den Investoren deutlich gesagt hat, dass sie alles tun wird, um den Franken bei 1,20 zum Euro zu stabilisieren. Die EZB kann aber nur kurzfristig eine Brücke bauen. Diese Brücke führt ins Nichts, wenn die Politik nicht das Fahrtziel bestimmt und die Voraussetzungen für mehr Wachstum schafft. […]
taz: Wie hoch wären die Zinsen für diese Eurobonds?
Bosomworth: Niedrig. Wahrscheinlich 2 bis 3 Prozent für zehn Jahre.
Quelle: taz

Anmerkung JB: *Als „Investmentbanker" verschweigt Bosomworth freilich, dass die EZB dem ganzen Spuk ein Ende setzen könnte, indem sie ab einer bestimmten Zinsgrenze den Staaten direkt die Anleihen abkauft. Ansonsten ist das Interview aber nicht uninteressant.*

6. **Transformationskongress**
Hier finden Sie auf einen Blick die Materialien zum Kongress. Unter Aktuelles werden nach und nach Präsentationen aus den Workshops eingestellt sowie Reden, Video- und Audiobeiträge verlinkt. U.a. die Rede von James K. Galbraith, Stephan Schulmeister

oder Worshop-Materialen u.a. mit Colin Crouch.
Quelle: Transformationskongress

Siehe auch: Prof. Richard Wilkinson über Ungleichheit

7. **Altersdiskriminierung – In Deutschland alltäglich?**
Es ist ein Problem, das schwer zu fassen ist: mal wird ein Kredit nicht gewährt, mal eine Operation ausgeredet, Verträge werden nicht verlängert oder eine Bewerbung wird unter fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Dahinter könnte Altersdiskriminierung stecken, aber beweisen?
Meist wird der wahre Grund für die Ablehnung nicht genannt, mit dem Alter hat das alles vordergründig nichts zu tun, aber in Wahrheit…?
Problem Altersdiskriminierung, die Dunkelziffer ist recht hoch. Gerade erst hat eine Befragung ergeben, dass Betroffene sich nicht trauen, gegen die Benachteiligung vorzugehen. Auch weil Diskriminierung aufgrund des Alters als normal empfunden wird. Altersdiskriminierung in Deutschland also ein nur allzu alltägliches Phänomen? Und es trifft nicht nur Senioren. Auch junge Menschen fühlen sich aufgrund ihres Alters benachteiligt, sogar in beträchtlicher Zahl. Ob jung, ob alt, insgesamt klagt laut Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes jeder fünfte über Altersdiskriminierung und das wollen wir in der Lebenszeit genauer wissen: Wie verbreitet ist das Problem? Wen trifft es, und in welchen Lebensbereichen? Haben Sie auch schon einmal das Gefühl gehabt, dass Ihnen aufgrund ihres Alters Unrecht geschehen ist? Haben Freunde, Bekannte solche Dinge schon erlebt? Was muss passieren, damit in Deutschland – auch mit Blick auf den demographischen Wandel- endlich vorurteilsfrei mit Alter und älter werden umgegangen wird?
Quelle: Deutschlandfunk
8. **Erste Klage nach Entlassungen bei Damp-Kliniken**
Der Tarifkonflikt an den Damp-Kliniken hat eine neue Stufe der Eskalation erreicht: Die zur Helios Kliniken GmbH gehörende Damp-Gruppe hat ihre Verträge mit der Zentralen Service-Gesellschaft Damp (ZSG) gekündigt. Die ZSG sei wegen der Streiks nicht mehr in der Lage, ihre vertraglich vereinbarten Leistungen zu erbringen, sagte Jörg Reschke von der Helios Regionalführung Nord-West am Freitag. Die ZSG habe als Reaktion vorsorglich alle 1.000 Mitarbeiter entlassen. Die Gewerkschaft ver.di reagierte empört und kündigte juristische Schritte an. Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB wurde bereits die erste Klage beim Arbeitsgericht Flensburg eingereicht, wie die NDR 1 Welle Nord berichtete. Hunderte weitere Klagen sollen folgen.
Allein an der Endo-Klinik in Hamburg-Altona sind 100 Mitarbeiter von den

Kündigungen betroffen, wie NDR 90,3 meldete. In der Hansestadt hatten am Donnerstag die unbefristeten Streiks an den Damp-Kliniken begonnen.
Quelle: NDR

9. **DGB legt neues Konzept zur Sicherung der Rente vor**
In dem vorgestellten Konzept wird der Rentenbeitrag von heute 19,6 Prozent nicht gesenkt, sondern der demografischen Entwicklung angepasst und in jährlichen Schritten um je 0,1 Prozentpunkte für Versicherte und Arbeitgeber angehoben. Im Jahr 2025 würde der Rentenbeitrag innerhalb des gesetzlichen Rahmens von 22 Prozent liegen. Dadurch entsteht eine Demografie-Reserve, mit der die Sicherung des heutigen Rentenniveaus bis 2030 finanziert, die Erwerbsminderungsrente verbessert und die Rente mit 67 ausgesetzt werden können…
Für Durchschnittsverdiener bedeutet dies jährlich einen zusätzlichen Beitrag von nur 2,60 Euro pro Monat, durch den die erheblichen Verbesserungen finanziert werden können…
Die von der Bundesregierung geplante Absenkung des Rentenniveaus um knapp 20 Prozent bis zum Jahr 2030 wäre unverantwortlich. Ein solcher Sturzflug der Rente würde bedeuten, dass Altersarmut künftig die Mitte der Gesellschaft erreichen wird. Wir fordern die Koalition deshalb eindringlich auf, den Rentenbeitrag nicht abzusenken. Angesichts der demografischen Herausforderungen wäre es geradezu schizophren, die Rücklagen praktisch aufzulösen. In wenigen Jahren wäre dann eine drastische Beitragserhöhung nötig, ohne dass die Entwertung der Rente aufgehalten wird. Wir fordern die Koalition deshalb auf, den geltenden gesetzlichen Mechanismus abzuschaffen, nach dem der Rentenbeitrag gesenkt werden muss, wenn die Nachhaltigkeitsrücklage der Rentenversicherung 1,5 Monatsausgaben übersteigt. Ein solcher Mechanismus ist absolut unsinnig und führt dazu, dass die Renten der heute Jungen um 20 Prozent gesenkt werden.
Quelle: DGB

10. **Bundesregierung: Alterssicherung ist zukunftsfest**
Die deutsche Alterssicherung ist „demografie- und zukunftsfest“ aufgestellt. Dies betont die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/9826) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/9354). Grundlage seien die drei Säulen aus gesetzlicher Rente, betrieblicher Altersversorgung und zusätzlicher privater Vorsorge. Das geplante Rentenpaket ziele darauf, die Lebensleistung von Menschen, die ein Leben lang gearbeitet, jedoch wenig verdient haben, gesellschaftlich relevante Leistungen erbracht und zusätzlich vorgesorgt haben, besser zu stellen. Die Linke hat in ihrer Anfrage Kritik an dem im März dieses Jahres vorgestellten Rentenpaket geäußert. „Je stärker die Menschen von Altersarmut bedroht sind, desto weniger hilft ihnen das Rentenpaket“, heißt es in der Vorbemerkung. Die Voraussetzungen für die

Zuschussrente seien viel zu hoch.
Quelle: Deutscher Bundestag

Anmerkung WL: *In der Vorbemerkung der Fragestellerin der Fraktion Die Linke [PDF – 430 KB] heißt es u.a.:*

> „Je stärker die Menschen von Altersarmut bedroht sind, desto weniger hilft ihnen das Rentenpaket. Denn die Voraussetzungen für die Zuschussrente sind viel zu hoch: Anfänglich sind 40 Versicherungsjahre, darunter 30 Beitragsjahre erforderlich, später sind es 45 und 35 Jahre. Hinzu kommt später die Anforderung – zunächst fünf, dann steigend auf 35 Jahre – zusätzlich privat für das Alter vorzusorgen.
> Gerade die Hauptrisikogruppen der Altersarmut – Geringverdienende wegen mangelnder Sparfähigkeit, Langzeiterwerbslose und Erwerbsgeminderte wegen fehlender Beitragszeiten – werden an diesen hohen Hürden scheitern.
> Die Bedingung zusätzlich vorzusorgen, fördert ebenso wie die Vorsorgepflicht für Selbständige die Versicherungswirtschaft, aber nicht die von Altersarmut Bedrohten oder bereits Betroffenen.
> Je länger und häufiger die Menschen von Erwerbslosigkeit betroffen sind, desto größer wird die Gefahr der Altersarmut und desto kleiner wird die Chance auf eine Zuschussrente. Seit dem Haushaltsbegleitgesetz 2011 werden für Hartz-IV-Betroffene keine Beiträge mehr an die Rentenkasse gezahlt. Für Erwerbslose, die Arbeitslosengeld I erhalten, werden Pflichtbeiträge an die Rentenkasse gezahlt. Doch bei der Mindestzahl an Beitragsjahren, die notwendig sind, um eine Zuschussrente erhalten zu können, werden sie nicht mitgezählt.
> Gleiches gilt für Zeiten des Bezugs der früheren Arbeitslosenhilfe.
> Für Erwerbslose, insbesondere für Ostdeutsche, wird es also ungleich schwieriger sein, die Pflichtbeitragshürde von 30 und später 35 Jahren zu überwinden…“

Überprüfen Sie einmal inwieweit die Meinung der Bundesregierung, dass die Alterssicherung zukunftsfest sei, zutrifft. In Zukunft ist nur eines klar, dass die Altersarmut zunimmt und dass die Rente dramatisch sinkt.

dazu: **Antwort der Bundesregierung: Auswirkungen der EU-Krisenbewältigung**

auf soziale Standards und Armut in Europa
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales [PDF – 360 KB]

Anmerkung WL: *Fast 81 Mio. armutsgefährdete Personen in der EU 27 über zwölfeinhalb Mio. in Deutschland mit ansteigender Tendenz. 2,3 Mio. armutsgefährdete Jugendliche und genauso viele Ältere über 65.*

11. **Mappus, die Bankermarionette**
Beim Kauf der EnBW-Aktien gab der Investmentbanker Notheis den Takt vor, der Exministerpräsident ließ sich dirigieren. Nun soll die Bankenaufsicht den Fall prüfen.
Quelle: taz

Dazu: **CDU-Spitze entsetzt über Mappus' Vorgehen**
"Man kann das niemandem mehr erklären": Baden-Württembergs CDU distanziert sich von ihrem ehemaligen Partei- und Regierungschef Stefan Mappus. In der EnBW-Affäre habe Mappus den Interessen der Banken gehorcht, sagt CDU-Landesgruppenchef Strobl.
… Landeschef Thomas Strobl sagte der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung: "Man kann das niemandem mehr erklären." Der Bundestagsabgeordnete zeigte sich entsetzt darüber, dass sich Mappus vom Investmentbanker Dirk Notheis habe steuern lassen.
… Grün-Rot wirft Mappus vor, er habe mit 4,7 Milliarden Euro viel zu viel für die 45 Prozent an dem Energieversorger gezahlt. Strobl zeigte sich überzeugt, dass das Vorgehen von Mappus ein Einzelfall gewesen sei: "In den Jahrzehnten, in denen ich politisch tätig bin, kann ich mich an so etwas nicht erinnern." Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Linken, Gregor Gysi, bestritt, dass es sich um einen Einzelfall handele. "Die großen Banken und Konzerne bestimmen immer mehr die Politik der Bundesregierung." Im Fall Mappus und EnBW sei das auf die Spitze getrieben worden.
Quelle: SZ

12. **Oskar Negt – "Die Risse des Systems aufdecken"**
Oskar Negt, international renommierter Soziologe und Philosoph, warnt im Gespräch mit der Kontext:Wochenzeitung im Rahmen der Reihe über die Arbeitswelt vor einer Auflösung der Gesellschaft. Die sieht er vor allem durch eine umfassende Kommerzialisierung bedroht. Existenzielle Probleme wie der Konflikt zwischen Arm und Reich würden massiv verdrängt – auch mittels Mega-Events wie der Fußball-EM.
Quelle: Kontext

13. **Asylrecht: Flüchtlinge als Verbrecher**
    Man hat sich auch in Deutschland daran gewöhnt, dass Flüchtlinge in Abschiebehaft kommen – auch wenn sie nichts verbrochen, sondern nur Zuflucht gesucht haben. Nun soll man sich hierzulande auch noch daran gewöhnen, dass Flüchtlinge sogleich in Aufnahmehaft kommen, sobald sie hier ankommen. Es wird dann so sein, dass die Aufnahmehaft nahtlos in die Abschiebehaft übergeht. Flüchtlinge, die der Unfreiheit entfliehen wollten, landen auf diese Weise genau dort. Aus ganz Europa soll ein Malta für Flüchtlinge werden. Ankommende Bootsflüchtlinge werden in Malta nämlich schon heute sofort und ohne Ausnahme inhaftiert.
    Quelle: SZ

    Anmerkung unseres Leser J.H.: *Sollte das in Europa so Wirklichkeit werden, wie es Heribert Prantl beschreibt und was aktuell pro asyl zum Ziel einer Kampagne gestartet hat, wäre das eine Schande.*
    Schlimm genug, wie wir Europas Grenzen abschotten, wie wir zusehen, wie die Flüchtlinge im Mittelmeer umkommen und dass wir die im unterdrückten Griechenland gestrandeten Flüchtlinge einfach ihrem Schicksal überlassen. Dabei aber ständig unsere Politik mit christlichen, humanen oder westlichen Werten zu begründen, ist unerträglich.

14. **Hochschulrektorenkonferenz kritisiert Akkreditierungssystem**
    Wissenschaftsrat veröffentlicht „Empfehlungen zur Akkreditierung als Instrument der Qualitätssicherung“
    Jeder neue Bachelor- und Masterstudiengang muss beschrieben, begutachtet und beurteilt werden. Der Wissenschaftsrat hat “Empfehlungen zur Akkreditierung als Instrument der Qualitätssicherung” veröffentlicht. Die Hochschulrektorenkonferenz reagierte darauf und fordert, das System grundlegend zu reformieren.
    Quelle: Deutschlandfunk
15. **Bildungsbericht 2012: Hochschulen als Ausbildungseinrichtung immer wichtiger!**
    Mit mehr als einer halben Million Studienanfängerinnen und -anfängern brachte das Jahr 2011 einen Rekordansturm auf die Hochschulen. Wichtige bildungspolitische Zielsetzungen wie die Erhöhung der Studienanfänger- und Absolventenquote rücken damit in greifbare Nähe.
    Unmittelbare Folgen hat die hohe Studiennachfrage für den Ressourcenbedarf in der Lehre an den Hochschulen. Der Hochschulpakt 2020 scheint nach den aktuellen Vorausberechnungen in einer Größenordnung von ca. 300.000 Studienplätzen deutlich unterdimensioniert zu sein. Eine Herausforderung bleibt darüber hinaus, die

Studiennachfrage erfolgreich in Abschlüsse münden zu lassen – die Studienabbruchquote von 35 % in Bachelorstudiengängen an Universitäten und der anhaltend hohe Studienabbruch in den Ingenieur- und Naturwissenschaften zeigen wichtige Problemfelder auf.
Offen ist, welche Rolle der Bachelorabschluss künftig für die berufliche Tätigkeit und die Berufslaufbahn spielen wird. Bisher bildet er insbesondere an den Universitäten für bis zu 80 % der Absolvent(inn)en primär die Vorstufe für ein Masterstudium. "Dem Arbeitsmarktwert des Bachelors misstrauen viele Studierende noch.
Quelle 1: bildungsklick
Quelle 2: Bildung in Deutschland 2012

Der studentische Dachverband „freier zusammenschluss von studentInnenschaften e.V." (fzs) merkt an:

> „Laut Bildungsbericht 2012 fehlen in den kommenden Jahren 300.000 Studiermöglichkeiten. Die Abbruchquoten sind deutlich gestiegen. Es ist erschütternd, dass diese Situation als „Erfolg" verkauft wird. Im Jahr 2010 gab es 111.000 Bachelorabschlüsse. Das entspricht einer Absolventinnenrate von 70%. Davon wollen laut Bildungsbericht 80% ein Masterstudium beginnen.
> Im letzten Jahr haben über 500.000 Menschen ein Studium begonnen. Damit steigt der Bedarf an Masterstudienplätzen um mehr als das Dreifache auf 290.000, während die Kapazitäten nicht deutlich steigen werden. Die Bachelorstudierenden befinden sich also vielfach in einer Sackgasse.
> Die Bologna-Reform sollte eine Erhöhung der Erfolgsquote bewirken. Die Abbruchquoten sind allerdings erschreckend. Während in den 10-semestrigen Studiengängen ein Viertel der Studierenden das Studium abbrach, liegt die Quote an Universitäten bei 6-semestrigen Bachelorstudiengängen bei 35%.
> Das ist kein Erfolg, das ist ein Armutszeugnis. Wir müssen nun durch verstärkte Kooperation zwischen Bund und Ländern und eine hohe Priorität für Bildung diese Missstände beheben, anstatt uns mit „Exzellenz" zu schmücken."
> (…)
> „Der Bildungsbericht verdeutlicht, dass Bachelorabschlüsse momentan zu prekärer Beschäftigung führen. Universtitätsbachelor verdienen 26% weniger als Absolvent*innen der herkömmlichen Abschlüsse.

Positiv ist allenfalls, dass inzwischen über 50% der Absolvent*innen Frauen sind. Auch der deutliche Anstieg der Studierendenzahlen ist erfreulich, die Infrastruktur muss jedoch mitwachsen. Eine Verkürzung der Studienzeit kann nur über eine stärkere Betreuungsintensität, Studienberatung und qualitativ hochwertige Lehre erreicht werden – nicht jedoch durch zwanghafte Repressionsinstrumente, die an die sogenannte „Regelstudienzeit“ gekoppelt werden. Zudem ist weiterhin die höchste soziale Selektivität westlicher Industrieländer zu verzeichnen. Von 100 Akademiker*innenkindern beginnen 77 ein Studium. Wenn die Eltern einen Hauptschulabschluss haben, sind es nur 13 von 100 Kindern. Es hilft uns nicht, in Sonntagsreden Blumensträuße für angebliche Erfolge zu überreichen. Wenn Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zugunsten von Prestige, Reputation und Exzellenz in den Hintergrund treten, ist etwas faul in der „Bildungsrepublik“.“

16. **Hannes Wader: “Ich bin im Grunde meines Charakters ein aggressiver Mensch”**
Der Musiker und Liedermacher Hannes Wader hat angekündigt, zukünftig noch mehr Konzerte als in den vergangenen Jahren geben zu wollen: “Ich merke, dass ich auch gut bei Stimme bin, und das ist ganz toll”, sagte Wader an seinem 70. Geburtstag.
Quelle: Deutschlandradio Kultur

Anmerkung: *Die NachDenkSeiten gratulieren Hannes Wader und wünschen ihm noch viel Schaffenskraft.*

17. **Zu guter Letzt: Bild-Zeitung zieht Truppen für Invasion Griechenlands zusammen**
Geht es den “Pleite-Griechen” jetzt an den Kragen? Das Boulevardblatt Bild hat heute begonnen, Truppen auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Berlin-Tempelhof zusammenzuziehen. Sobald die militärischen Kapazitäten ausreichen, soll die Armee aus sogenannten “Bild-Lesersoldaten” unter Führung von Generalfeldmarschall Diekmann den schwer verschuldeten EU-Staat Griechenland angreifen, die schönsten Inseln annektieren und den Rest des Landes aus der Eurozone werfen.
Quelle: Der Postillon